



## Protokoll

### **35. Sitzung des Gemeinderates Montag, 22. Mai 2017, 19:00 Uhr bis 20:50 Uhr Gemeinderatssaal, Stadthaus**

## TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Kommission Planung und Bau (KPB), Ersatzwahl eines Mitglieds für den Rest der Amtsdauer 2014-2018 anstelle der zurückgetretenen Beatrice Mischol (Grünliberale)
- 4 Kommission Bildung und Kultur (KBK), Ersatzwahl eines Mitglieds für den Rest der Amtsdauer 2014-2018 anstelle der zurückgetretenen Ursula Räuftlin (Grünliberale)
- 5 Weisung 97/2017 des Stadtrates: Ergänzung der Personalverordnung (PVO)
- 6 Motion 569/2016 von Paul Stopper (BPU), Ivo Koller (BDP) und Patricio Frei (Grüne): Verlegung Paul-Kläui-Bibliothek und Stadtarchiv in ehemaliges ZKB-Gebäude
- 7 Antrag 92/2017 der Sekundarstufe Uster: Definitive Einführung der Leistungsgruppe spur+ ab dem Schuljahr 2017/2018
- 8 Motion 558/2016 von Ursula Räuftlin (Grünliberale): Planung und rechtliche Sicherung eines leistungsfähigen Fusswegnetzes sowie Einführung eines Fussgängerleitsystems in der Stadt Uster
- 9 Postulat 563/2016 von Wolfgang Harder (CVP) und Hans Keel (SVP): "Parkleitsystem für Uster!"
- 10 Motion 595/2017 von Walter Meier (EVP) und Ali Özcan (SP): Investition "Püntenanlage Winikerwiesen, Kanalisationsanschluss" wird im 2017 ausgeführt
- 11 Kenntnisnahmen

## Präsenz

Vorsitz	Balthasar Thalmann, Präsident Matthias Bickel, 1. Vizepräsident (TOP 5)
Protokoll	Daniel Reuter, Ratssekretär
Anwesend	35 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Werner Egli, Stadtpräsident Cla Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Jean-François Rossier, Abteilungsvorsteher Sicherheit Jörg Schweiter, Stadtschreiber-Stellvertreter
Sekundarschulpflege	Thomas Pedrazzoli, Präsident Ruth Gsell-Egli, Ressortdelegierte Sonderpädagogik
Ausstand	Rolf Denzler (TOP 7)
Entschuldigt	Ali Özcan Stadträtin Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit
Presse	Raphael Brunner, AvU Malte Aeberli, AvU

Der Präsident begrüsst die Medienleute und die Zuschauer auf der Tribüne.

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Ratssekretär (absolutes Mehr 18).

## Änderung Tagesordnung

Walter **Meier** (EVP) beantragt, TOP 10 vor TOP 5 zu behandeln.

**Der Antrag wird mit 16:15 Stimmen angenommen.**

**Reihenfolge der Behandlung: TOP 1-4, TOP 10, TOP 5-9, TOP 11.**

## Fraktionserklärungen

Für die SP-Fraktion und für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion verliest Markus **Wanner** (SP) folgende gemeinsame Fraktionserklärung [siehe Anfrage 599/2017]: *Die SVP/EDU-Fraktion möchte mit einer Anfrage Auskunft zur Budgeteinhaltung, Budgetüberschreitung und zum Controlling erhalten. Diese Anfrage irritiert. Was machen die Kommissionen, insbesondere auch die RPK, im April und Mai? Sie prüfen die Rechnung. Sie stellen Fragen. Sie sitzen mit den Stadträtinnen und Stadträten und dem Kader der Verwaltung zusammen. In diesem Prozess stellen sie genau die Fragen, welche die SVP/EDU-Fraktion mit ihrer Anfrage gestellt hat.*

*Zweifelt die SVP/EDU-Fraktion an den Fähigkeiten dieser Kommissionen, die richtigen Fragen zu stellen? Das kann ja irgendwie nicht sein, denn die Unterzeichnenden der Anfrage sitzen in der KBK und der RPK. Also was soll das? Haben die SVP und die EDU bereits den Wahlkampf 2018 gestartet? Anders ist das nicht zu erklären, denn mit Sachpolitik hat das nichts zu tun, sondern nur mit reiner Parteipolemik. Insbesondere auch deshalb, weil die Anfrage an die Primarschulpflege gerichtet ist und nicht an den Stadtrat. Denn – sind wir nicht eine Einheitsgemeinde? Ist nicht der Stadtrat für das Budget zuständig? Ist nicht der Stadtrat für ein effizientes Controlling zuständig? Ist das Controlling nicht dem Stadtpräsidenten unterstellt?*

*Und wir erinnern uns an die Budgetvorgaben 2016. Eine stadträtliche Budgetvorgabe 2016, die Globalbudgets um 2 % zu senken, haben wir damals bereits kritisiert. In diesem Zusammenhang hätte man in der Anfrage auch durchaus nachfragen können, ob der Stadtrat nicht total unrealistische Budgetvorgaben verordnet hat.*

*Es wäre wohl angezeigter, wenn der Präsident der RPK den „Lead“ zu diesen Themen in seiner Kommission übernommen würde. Denn das sind klassische RPK-Fragen. Unter anderem wären dann die Fragen im Juni zeitgerecht mit der Behandlung der Rechnung 2016 beantwortet gewesen. Mit dieser unsinnigen Anfrage dürfte es noch ein paar Wochen länger gehen.*

Für die Grüne-Fraktion verliest Meret **Schneider** folgende Fraktionserklärung: *Der „Blick“, die Limmattaler Zeitung, das Regio und sogar das SRF berichteten mit mehr oder weniger reisserischen Schlagzeilen: „Rechtsextreme säubern das Ufer des Greifensees und werden von der Stadt Uster unterstützt – die braunen Saubermänner – Uster wird Opfer einer rechtsextremen Propaganda-Aktion“, es war alles zu haben. Grund für das rege mediale Interesse an der Sauberkeit des Seeufers: Die Partei National orientierter Schweizer (PNOS) hat in einer Fötzeli-Aktion das Seeufer aufgeräumt und zum Ausgleich für das entfernte Papier auch welches hinterlassen: Auf den Tischen, an Abfalleimern und Pfählen klebten nun Zettel mit der Aufschrift „Dieses Seeufer wurde für sie von der PNOS gereinigt“. Nette Rhetorik der Nationalsozialisten – und ich bin prinzipiell enorm vorsichtig mit Nazi-Vergleichen, aber wer sich damit befasst hat, erlebt bei dieser Formulierung ein unschönes Déjà-vu. Angesichts dessen, dass es sich bei der PNOS um eine verfassungsgefährdende Organisation handelt und sie sich selber auf ihrer Website als „die einzige nationalistische Partei, die zu diesen Grundsätzen steht“ bezeichnet, erstaunt die Reinheitsformulierung auch nicht. Aber was ist nun die Rolle der Stadt Uster?*

*Dies alles könnte man so stehen lassen, es als unschönen Vorfall behandeln wie illegales Plakatieren oder Schmierereien an öffentlichen Gebäuden. Diese Geschichte hat jedoch noch eine andere Komponente: So fragte die PNOS die Stadt Uster im Vorfeld an, ob sie Müllsäcke und Greifzangen zur Verfügung stellen könnten. Natürlich erklärte sich die Stadt Uster dazu bereit, von Leuten, die einen eigenen Sicherheitsdienst haben (den Ahnensturm) und die ernsthaft die Rückführung aller Ausländer und Ausländerinnen und eingebürgerten Schweizerinnen und Schweizer in ihre Herkunftsländer fordern, kann man kaum erwarten, dass sie dazu im Stande sind, selber Müllsäcke einzukaufen. Soweit verständlich. Allerdings lautete die Abmachung, dass die PNOS diese Aktion nicht zur Propagandazwecken missbrauchen darf, was ja auch nicht absehbar war, schliesslich sind die selbstgenannten Nationalisten für ihr Gutmenschentum ohne Hintergedanken bekannt. Wie gemein also von der PNOS, nun diese Werbeplakate anzubringen und sich auf ihrer Website öffentlich für die Unterstützung der Stadt Uster zu bedanken! Zum einen kann ich dazu nur anmerken, dass sich der Stadtrat da ordentlich naiv verhalten hat. Zum anderen halte ich es jedoch auch für stossend, dass sich den Medien gegenüber dann die Verwaltung und nicht der Stadtrat selber rechtfertigen und entschuldigen muss. Und last but not least schockiert mich die Tatsache, dass die*

*PNOS die gleiche Aktion im Sommer mit Erwähnung der Unterstützung durch Uster auf der Website ankündigt und der Satz im Blick „ob die PNOS für diese Aktion wieder Unterstützung erhalten werde, sei noch offen.“ Sorgfältiges Recherchieren ist ja bekanntlich des Blicks Sache nicht, und ich hoffe doch sehr, dass die Stadt Uster von jeder weiteren sogenannten Zusammenarbeit mit der PNOS absieht und sofort einschneidende Massnahmen und nötigenfalls Sanktionen ergreift, damit dieser Werbeartikel mit Erwähnung von Uster von der Website der PNOS verschwindet. Reinigen kann die Stadt Uster selber, im Moment sollte sie dies primär an ihrer Weste vornehmen – braune Flecken wären da doch irgendwie unschön. Und ja, braune Flecken sind unschön, egal ob es sich dabei um eine weisse oder eine andersfarbige Weste handelt.*

Für die Grüne-Fraktion verliest Patricio **Frei** folgende Fraktionserklärung [siehe Motion 569/2016]:  
*Verlegung Stadtarchiv in ehemaliges ZKB-Gebäude. Am Sonntag hat die Mehrheit der Ustermer Stimmberechtigten Ja zum Gestaltungsplan Untere Farb gesagt. Damit scheint nun auch klar, wohin das Stadtarchiv kommt. Unklar bleibt, ob dieses auch ins ZKB-Gebäude gepasst hätte. In diesem Zusammenhang eine kurze Rückblende:*

*Bereits in der Vorberatung des Gestaltungsplans zur Unteren Farb wurde das ZKB-Gebäude als möglicher Standort für das Stadtarchiv diskutiert. Von Seiten Stadtrat aber hiess es, dass dies kein Thema sei, da sich das Gebäude nicht im Besitz der Stadt befinde. Damit hatte er nur die halbe Wahrheit gesagt.*

*Denn: Kaum hatte der Gemeinderat des Gestaltungsplan Untere Farb behandelt, stand – oh Wunder – der Kauf des ZKB-Gebäudes durch die Stadt an. Die einen würden das «einen geschickten Schachzug» nennen. Bei einigen Gemeinderäten aber hat dieses Vorgehen nicht wirklich dazu beigetragen, das Vertrauen in den Stadtrat zu stärken. Sie fragten sich: Weshalb hat der Stadtrat mit der Behandlung der Unteren Farb nicht bis nach dem Kauf des ZKB-Gebäudes zugewartet, um für das Stadtarchiv den bestmöglichen Standort auswählen zu können?*

*In der Folge gab es immer wieder Diskussionen, ob sich das ZKB-Gebäude überhaupt als Archivstandort eigne. Einige Stimmen behaupteten Nein, andere wiederum gerade das Gegenteil. Um da Klarheit zu schaffen, wurde die Motion 569 eingereicht. Absicht der drei Motionäre war es, dass diese Information den Stimmberechtigten zur Verfügung stehen würden, wenn sie sich bei der Abstimmung über den Gestaltungsplan zur Unteren Farb für ein Ja oder ein Nein entscheiden. Das war im April 2016 – also vor über einem Jahr.*

*Doch der damalige Gemeinderatspräsident hat offensichtlich ein anderes Demokratieverständnis: Hans Keel setzte das Geschäft einfach nicht auf die Traktandenliste. Das darf er, da die Geschäftsordnung für die erstmalige Behandlung einer Motion keine Fristen kennt. Offenbar wollte er die Motion nicht vor der Volksabstimmung über die Untere Farb behandeln lassen. Dass dies nicht im Sinn der Motionäre war, interessierte ihn nicht. Jedenfalls hat er nie mit uns Rücksprache genommen. Ist es Zufall, dass Keels SVP für den Gestaltungsplan Untere Farb ist? Müsste ein Gemeinderatspräsident nicht vielmehr als neutraler Steuermann für einen geordneten Ratsbetrieb sorgen statt Interessenspolitik durchzudrücken? Diese Fragen tauchen auf, wenn eine Motion mehr als 13 Monate verzögert wird, bis sie hinfällig ist.*

## Persönliche Erklärungen

Kathin **Agosti** (SP) verliest folgende Erklärung: *Ich gehöre zur Mehrheit der Ustermer und Ustermerinnen, die zwar wissen, dass es dort oben hinter dem Buchholz, neben der Autobahn eine Notunterkunft für abgewiesene Asylbewerber gibt. Aber dort gewesen bin ich noch nie, und ich kenne auch niemanden, der dort leben muss. Deshalb habe ich den Aktionstag am Sonntag vor einer Woche zur Situation in den Notunterkünften gerne genutzt, um einen Eindruck zu bekommen. Und ich war betroffen, von den Leuten zu hören, was es heisst, dort zu leben. Ohne Fenster, auf engstem Raum, alles junge Männer in der gleichen schwierigen Situation, ohne Beschäftigung, praktisch ohne Geld und neuestens – dank der Eingrenzungspraxis unseres Sicherheitsdirektors – häufig auch noch ohne die Möglichkeit, auch nur schon nächste Angehörige zu treffen. Ja, ich weiss. Wir haben unser Asylrecht, das halt umgesetzt werden muss. Und, ja ich weiss, es ist der Sicherheitsdirektor meiner eigenen Partei, der mit seiner Eingrenzungspraxis den Alltag dieser Leute noch schwerer macht. Aber als Gemeinderätin von Uster habe ich mich geschämt, dass Uster so eine schäbige Unterkunft zur Verfügung stellt oder wahrscheinlich sogar noch vermietet. Wenn ich die Bilder anschau, die mir die Leute gezeigt haben (einige Kopien davon liegen auf), ist das, was in unserer Bundesverfassung steht, nämlich dass alle Menschen ein menschenwürdiges Dasein haben sollen, nicht gewährleistet. Ich finde, da besteht dringender Handlungsbedarf, auch von Seiten von der Stadt Uster.*

Markus **Ehrensperger** (SVP) verliest folgende Erklärung [siehe Anfrage 599/2017]: *Nur keine PR ist bekanntlich schlechte PR. Daher Dank an Markus Wanner für die Werbung für unsere Anfrage. Um nochmals darauf hinzuweisen: Die Anfrage unserer Fraktion hat insbesondere einen vorbeugenden Charakter. Wir hoffen, dass sie auch ein Weckruf war, so dass wir dieses Jahr nicht mit Nachtragskrediten und neuen Defiziten überrascht werden. Da es eine Anfrage der Fraktion war, habe ich als Präsident unterzeichnet. Es wäre mir zudem auch etwas langweilig, wenn ich aufgrund meines RPK-Amtes nichts mehr mit Zahlen machen dürfte.*

## 1 Mitteilungen

Präsident Balthasar **Thalmann** (SP): *Am 13. April 2017 ist Marlies Hürlimann-Arnold verstorben. Sie wurde am 7. Juni 1962 geboren und war von 1994 bis 2000 für die Sozialdemokratische Partei (SP) im Gemeinderat, war Mitglied der Raumplanungskommission und amtierte auch als Fraktionspräsidentin. Im Amtsjahr 1997/1998 präsidierte sie den Gemeinderat.*

*Marlies Hürlimann sprach auch öffentlich über ihre Krankheit. Ihre Aussagen, wie sie mit dem unheilbaren Krebs umgeht, waren eindrücklich und gingen teilweise unter die Haut. Nun ist Marlies Hürlimann von uns gegangen.*

*Wir entbieten der Trauerfamilie unser herzliches Beileid und erheben uns zum Gedenken an die Verstorbene von unseren Plätzen.*

*Ich danke Ihnen.*

## **2 Protokollabnahme**

Das Protokoll der 34. Sitzung des Gemeinderates vom 10. April 2017 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

**3 Kommission Planung und Bau (KPB), Ersatzwahl eines Mitglieds für den Rest der Amtsdauer 2014-2018 anstelle der zurückgetretenen Beatrice Mischol (Grünliberale)**

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz, Rolf **Denzler** (SVP), schlägt zur Wahl vor:  
Ursula Räuftlin (Grünliberale).

Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt.

Der Präsident erklärt die Vorgeschlagene als gewählt.

**Wahl**

**Der Gemeinderat beschliesst:**

- 1. Ursula Räuftlin (Grünliberale) wird mit Wirkung ab 23. Mai 2017 als Mitglied der Kommission Planung und Bau für den Rest der Amtsdauer 2014-2018 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

**4 Kommission Bildung und Kultur (KBK), Ersatzwahl eines Mitglieds für den Rest der Amtsdauer 2014-2018 anstelle der zurückgetretenen Ursula Räuftlin (Grünliberale)**

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz, Rolf **Denzler** (SVP), schlägt zur Wahl vor:  
Beatrice Mischol (Grünliberale).

Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt.

Der Präsident erklärt die Vorgeschlagene als gewählt.

**Wahl**

**Der Gemeinderat beschliesst:**

- 1. Beatrice Mischol (Grünliberale) wird mit Wirkung ab 23. Mai 2017 als Mitglied der Kommission Bildung und Kultur für den Rest der Amtsdauer 2014-2018 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

## 10 Motion 595/2017 von Walter Meier (EVP) und Ali Özcan (SP): Investition "Püntenanlage Winikerwiesen, Kanalisationsanschluss" wird im 2017 ausgeführt

Walter Meier (EVP) und Ali Özcan (SP) haben am 6. Februar 2017 folgende Motion eingereicht:

- a) Der Stadtrat wird beauftragt, die Nr. 28 in der Investitionsplanung (Püntenanlage Winikerwiesen, Kanalisationsanschluss) im 2017 auszuführen und nicht wie geplant im 2018.
- b) Die entsprechenden Fr. 250'000 werden vom Gemeinderat bewilligt.

### Begründung

Die Püntenanlage Winikerwiesen ist auf einem städtischen Grundstück beheimatet. Der Verein wurde ca. 1950 gegründet und bezahlt seither einen Baurechtszins. In den 70er Jahren wurde auf der Anlage ein WC installiert, jedoch ohne Kanalisationsanschluss ans städtische Netz. Seit geraumer Zeit wurde von der Stadt versprochen, die schon längst nötige Kanalisation zu bauen. Idealerweise hätte man dies getätigt, als das neue Pfadiheim angeschlossen wurde; das ist aber auch schon ein paar Jahre her.

Der Vorstand hat an der GV 2016 informiert, dass der Bau der Kanalisation im Herbst 2016 gebaut würde. Als man sich dann anfangs 2017 mit der Stadt in Verbindung setzte, kam aus, dass der Kanalisationsanschluss in der Investitionsplanung auf 2018 verschoben wurde. Der Püntenverein ist über das Vorgehen der Stadt Uster sehr enttäuscht und rechnet damit, dass dieser Posten noch weiter nach hinten verschoben werden könnte. Es würde der Stadt Uster gut anstehen, Wort zu halten und die Kanalisation in diesem Jahr noch zu bauen.

Walter **Meier** (EVP) begründet die Motion: *27. Januar 2017, 19 Uhr, Mehrzweckraum im Untergrund der Alterssiedlung Kreuz. Die Generalversammlung (GV) des Püntenvereins Winikerwiesen beginnt traditionellerweise mit einem Nachtessen, das vom Verein berappt wird. Die Getränke muss man selber bezahlen. Für das Kuchenbuffet, das die Präsidentin selber gebacken hat, darf man freiwillig etwas spenden. Die eigentliche GV beginnt dann um etwa 20 30 Uhr; nach der GV gibt es noch einen Lottomatch mit interessanten Preisen, aber dies geht bis nach 23 Uhr und das ist vielen älteren Mitgliedern zu spät.*

*Ganz am Anfang der eigentlichen GV gibt der Vorstand seinem Frust über die Stadt Uster Ausdruck. An der GV im Januar 2016 wurde informiert, dass die Kanalisation zur WC-Anlage vermutlich im Herbst 2016 gebaut würde. Es ist bereits eine jahrelange Pendeuz. Die Stadt hat dann aber offenbar auf anfangs 2017 vertröstet. Anfangs 2017 trifft sich der Vorstand deshalb mit Herrn Tarnutzer von der Stadt. Es werden Termine abgemacht. So wie es tönt, steht das Projekt und der einzig offene Punkt ist, ob der Betrag auch im Budget 2017 der Stadt enthalten ist. Ein paar Tage später muss der Vorstand erfahren, dass die Stadt den Investitionsbetrag ins 2018 verschoben hat und deshalb die Sache nochmals warten muss. Als Gemeinderat ist mir dies auch nicht aufgefallen. Ich selber habe keinen Garten in der Püntenanlage, aber ich nehme als Cevi-Vertreter in der Regel an der GV teil. Zwischen dem Zaun, welcher um das Püntenareal umfasst, und dem Wald gibt es noch eine Parzelle, welche seit über 50 Jahren vom Cevi gepachtet ist. Ich mag mich noch erinnern, dass der Püntenverein etwa im Jahr 1980 ein WC eingerichtet hat. Eine Kanalisation dürfte man nach über 30 Jahren wirklich endlich bauen. Zudem wurde vor ein paar wenigen Jahren die Kanalisation bis zum Pfadi-Heim (zwischen Püntenareal und Autobahn) gezogen. Weshalb die Stadt Uster die Leitung nicht gerade weiter gezogen hat, ist mir unerklärlich.*

*Nun ist mir auch bewusst, dass die Grabarbeiten, welche eine solche Kanalisationsleitung mit sich bringen würden, idealerweise nicht während der Gartensaison ausgeführt werden sollten. Entweder wird dies vor der Saison (also anfangs März) oder am Ende der Gartensaison (also anfangs November) ausgeführt.*

*Sollte die Motion überwiesen werden, wäre es möglich, dass die Kanalisation im Spätherbst 2017 ausgeführt wird. Sollte die Motion nicht überwiesen werden, wäre eine Ausführung bis Mitte März 2018 auch noch möglich. Ich würde mich in diesem Fall dafür einsetzen, dass die Investition im Budget 2018 aufgeführt ist.*

Der Abteilungsvorsteher Finanzen, Stadtrat Cla **Famos**, nimmt Stellung: *Der Stadtrat lehnt die Motion ab, weil sie nicht hilfreich ist. Wir haben diese Investition mit der entsprechenden Planung dem Gemeinderat vorgelegt. Es geht nicht an, wenn jemanden das nicht aufgefallen ist, diese Investition nachträglich mit einer Motion verlangen zu wollen. Darum hat der Stadtrat einen konkreten Vorschlag für 2018 gemacht. Und der Gemeinderat hat am 5. Dezember 2016 diesem Vorgehen zugestimmt. Es ist ein Unding, wenn jetzt mit einer Motion – ein relativ massives Instrument – mit Kanonen auf Spatzen geschossen werden soll. Das Vorhaben ist mit dieser Motion nicht zu realisieren, denn sie hat ein zweistufiges Verfahren und damit könnten die zeitlichen Vorgaben nicht eingehalten werden. Sogar wenn der Stadtrat das rasche Verfahren mit einem direkten Beschlussentwurf wählen würde, wäre vor Ende 2017 keine Ergebnis zu erwarten. Wir alle müssen die Investitionsvorhaben halt gut lesen. Dieser Vorstoss ist darum sinnlos. Ich rufe den Gemeinderat auf, sich an die allgemeinen Spielregeln zu halten. Der Stadtrat ist nicht zur Annahme dieser Motion bereit.*

Für die Grüne-Fraktion referiert Patricio **Frei**: *In der Begründung zu diesem Vorstoss kann man herauslesen, dass die beiden Motionäre über das Verhalten des Stadtrats erstaunt sind. Über dieses Erstauntsein staunen wiederum wir Grünen.*

*Wer nämlich die städtischen Voranschläge der letzten Jahre zur Hand nimmt, stellt nämlich schnell einmal fest: Dieses Vorgehen ist absolut normal in Uster. Sie ist eine der Grundpfeiler der stadträtlichen Steuerpolitik.*

*Und das geht so: Der Stadtrat nimmt nötige Investitionen in die Planung auf, zum Beispiel Sanierung Talweg. Es gab sicherlich gute Gründe, dass im Voranschlag für das Jahr 2011 steht, dass die Strasse 2013 saniert würde – also aus damaliger Sicht: Im übernächsten Jahr. Und da ist sie bis heute geblieben: Im Voranschlag 2017 ist sie für 2019 geplant. Das Budget hat die Sanierung über all die Jahre wie einen gleichpoligen Magneten vor sich hergeschoben: Je näher ihr die Gegenwart kommt, umso stärker wird die Investition weggedrückt. Und es würde mich nicht wundern, wenn im Voranschlag 2018 die Sanierung Talweg für 2020 in Aussicht gestellt würde. In der Zwischenzeit sind die Löcher im Strassenbelag nicht kleiner geworden.*

*Der Talweg ist – wie diese Motion zeigt – ganz offensichtlich nicht die einzige Investition, die der Stadtrat verspricht, aber nicht umsetzt. Das ist nachvollziehbar: Wenn man mit einer langjährigen Tiefsteuerepolitik die Stadtkasse ausgetrocknet hat, wofür soll man das knappe Geld ausgeben? Für Prestigeprojekte, um sich selber ein Denkmal zu setzen? Oder für so unspektakuläre Investitionen wie Strassensanierungen und Kanalisationsanschlüsse?*

*Wir Grünen sind für einen nachhaltigen Umgang mit unserer Infrastruktur und unseren Finanzen. In der Annahme, dass die Möglichkeit einer Komposttoilette geprüft worden ist, unterstützen wir die Motion. Denn sie zeigt im wahrsten Sinn des Worts: Die Finanzpolitik des Stadtrats stinkt zum Himmel.*

Für die FDP-Fraktion referiert Richard **Sägesser**: *Es geht um einen Kanalisationsanschluss und nicht um hohe Politik. Es geht hier letztlich um einen Rückkommensantrag zum Budget 2017. Aus prozesshygienischen Gründen sollten wir – ungeachtet der Vorgeschichte – diesen Vorstoss ablehnen. Die vorliegende Motion ist für uns nicht nachvollziehbar. Das Verfahren einer Motion beschleunigt den Entscheidungsprozess im Vergleich zum Budget gar nicht, sondern verlängert ihn im schlimmsten Fall noch. Bis zu 6 Monate dauert es für Bericht und Antrag und max. 9 Monat für den Beschlussentwurf. Die Motion müsste also korrekterweise heissen: „Investition „Püntenanlage Winkerwiesen, Kanalisationsanschluss“ wird spätestens 2019 ausgeführt“. Wir empfehlen darum, gestrost aufs Budget 2018 zu warten und die Motion zu zurückziehen. Das wäre jetzt noch möglich. Zudem liegt der Betrag von CHF 250'000 gerade noch in der Kompetenz des Stadtrats. Das Anliegen ist in unseren Augen darum nicht motionsfähig. Wir lehnen diese Motion ab.*

Stadtpräsident Werner **Egli** erinnert den Gemeinderat, insbesondere dessen Präsidenten, an den Ordnungsruf gemäss Art. 31 GeschO GR (Verletzung des parlamentarischen Anstands). Was der Herr Gemeinderat Frei hier so sagt, ist eine Beleidigung. Wenn das so weiter geht, wird der Stadtrat unter Umständen einmal den Saal verlassen müssen.

Präsident Balthasar **Thalmann** (SP) schlägt vor, im Anschluss an die heutige Sitzung zu dritt diese Situation zu klären.

Stadtrat Cla **Famos**: Der Gemeinderat entscheidet über die Investitionsplanung, den Steuerfuss und die einzelnen Investitionen.

Walter **Meier** (EVP): Ich danke Stadtrat Famos für die langen Ausführungen. In der Motion gibt es eine maximale Frist von sechs Monaten für Bericht und Antrag. Der Stadtrat darf selbstverständlich rascher handeln. Diejenigen, die in der Püntenwiese eine Hütte haben, sind doch in erster Linie bürgerliche Stimmberechtigte. Ich verstehe nicht, warum der Stadtrat diese Leute im Stich lässt.

Markus **Wanner** (SP): Wir könnten durchaus dem Stadtrat folgen, werden uns aber der Stimme enthalten, weil eines unserer Fraktionsmitglieder die Motion unterzeichnet hat.

Ursula **Räublin** (Grünliberale) verweist auf die gesetzlichen Bestimmungen für die Anschlussfrist (Art. 38 Verordnung über die Siedlungsentwässerung SEVO).

Stadtrat Cla **Famos** zu den bürgerlichen Wählern: Es ist Zeichen bürgerlicher Politik, nicht einzelne Leute zu bevorzugen, sondern das Ganze im Blick zu behalten.

### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 10:18 Stimmen:**

- 1. Die Motion 595/2017 wird a b g e l e h n t .**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

## **5 Weisung 97/2017 des Stadtrates: Ergänzung der Personalverordnung (PVO)**

Für die Geschäftsleitung (GL) referiert Präsident Balthasar **Thalmann** (SP), darum übernimmt der 1. Vizepräsident, Matthias Bickel (FDP), den Vorsitz (vergleiche Antrag 89/2017): *An der Sitzung vom 20. März 2017 beschloss der Gemeinderat eine Änderung der Geschäftsordnung (GeschO GR). Wir haben beschlossen, dass neu die Geschäftsleitung für den Antrag betreffend Anstellung des Personals des Parlamentsdienstes verantwortlich ist. Nach alter Regelung erarbeitet die Geschäftsleitung zusammen mit der Abteilungsleitung Präsidiales einen Wahlvorschlag. Auf Grund dieser neuen Regelung ist die Personalverordnung der Stadt Uster (PVO) mit einer zusätzlichen litera e zu ergänzen, wonach die Anstellungsbehörde für den Parlamentsdienst der Gemeinderat ist. Der Änderungsantrag der Geschäftsleitung betrifft lediglich einen formalen Aspekt, nämlich dass die Änderung der Personalverordnung direkt in Ziffer 1 Dispositiv aufgeführt wird. Die Geschäftsleitung bittet Sie, dem geänderten Antrag zuzustimmen.*

Der Stadtpräsident, Werner **Egli**, verzichtet auf eine Stellungnahme.

### **Detailabstimmung**

**Die Geschäftsleitung beantragt folgende Änderung von Ziffer 1 Dispositiv:**

§ 4 Abs. 1 PVO wird wie folgt ergänzt:

<sup>1</sup> Anstellungsbehörden sind unter Vorbehalt besonderer gesetzlicher Bestimmungen und soweit nicht die Volkswahl vorgesehen ist:

- a) der Stadtrat
- b) die Primarschulpflege
- c) die Kommissionen mit selbständigen Verwaltungsbefugnissen
- d) die Spezialverwaltungsbehörden
- e) der Gemeinderat für den Parlamentsdienst**

**Der Änderungsantrag wird ohne Gegenantrag angenommen.**

### **Schlussabstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 33:0 Stimmen:**

**1. § 4 Abs. 1 PVO wird wie folgt ergänzt:**

<sup>1</sup> Anstellungsbehörden sind unter Vorbehalt besonderer gesetzlicher Bestimmungen und soweit nicht die Volkswahl vorgesehen ist:

- a) der Stadtrat**
- b) die Primarschulpflege**
- c) die Kommissionen mit selbständigen Verwaltungsbefugnissen**
- d) die Spezialverwaltungsbehörden**
- e) der Gemeinderat für den Parlamentsdienst**

**2. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.**

## 6 Motion 569/2016 von Paul Stopper (BPU), Ivo Koller (BDP) und Patricio Frei (Grüne): Verlegung Paul-Kläui-Bibliothek und Stadtarchiv in ehemaliges ZKB-Gebäude

Paul Stopper (BPU), Ivo Koller (BDP) und Patricio Frei (Grüne) haben am 4. April 2016 folgende Motion eingereicht:

Der Stadtrat wird beauftragt, zuhanden des Gemeinderates ein Projekt mit Kostenvoranschlag zur Verlegung der Paul-Kläui-Bibliothek und des Stadtarchivs in die ehem. ZKB-Gebäude an der Freiestrasse 2 auszuarbeiten. Die Kosten für die beiden Verlegungen sind getrennt voneinander auszuweisen.

Für die Paul-Kläui-Bibliothek ist primär das Hauptgebäude an der Freiestrasse vorzusehen.

### Begründung

Nachdem der Gemeinderat am 21. März 2016 dem Kauf der ehemaligen Gebäude der ZKB an der Freiestrasse zugestimmt hat, sind rasch konkrete Nutzungsvorstellungen über deren Weiterverwendung zu machen.

Zurzeit stehen zwei konkrete Dinge an: Die Verlegung der Paul-Kläui-Bibliothek vom gegenwärtig unbefriedigenden Standort im Untergrund des Schulhauses Pünt und die Verlegung des Stadtarchivs Uster.

Die eben erworbenen ehemaligen ZKB-Gebäude an der Freiestrasse eignen sich dafür hervorragend: Das Gebäude an der Freiestrasse ist im Inventar der schützenswerten Bauten enthalten. Es eignet sich deshalb ausserordentlich gut für die Platzierung der Kläui-Bibliothek, des „Gedächtnisses von Uster“.

In den weiteren Räumlichkeiten soll das Stadtarchiv untergebracht werden.

Paul **Stopper** (BPU) begründet die Motion: *Ich möchte zur Motion noch etwas sagen. Ausgangslage: Am 18. März 2016 wurde das Referendum zum Gestaltungsplan „Untere Farb“ eingereicht. Am 21. März 2016 stimmte der Gemeinderat dem Kauf des ehemaligen ZKB-Gebäudes an der Freiestrasse zu. Selbstredend war damit auch die künftige Nutzung dieser Gebäude zu klären. Eine Möglichkeit war die schon vorher geäusserte Idee der Unterbringung von Stadtarchiv und Paul-Kläui-Bibliothek in dieses Gebäude, weil ja die Untere Farb umstritten war. Fünfeinhalb Monate später gab der Stadtrat bekannt, dass er die Motion ablehne. Immerhin hat die Abteilung Finanzen die Zeit genützt, um bei einem Ustermer Architekturbüro abzuklären, wie ein solcher Einbau machbar wäre und wieviel das kosten würde. Resultat: Zwei Varianten mit CHF 3.2 und CHF 2.4 Mio. Plus allgemeine Unterhaltsarbeiten, die ohnehin anfallen werden, von CHF 1.6 Mio. (plus/minus 25 %). Gegenüber den nun CHF 8 Mio. für den fensterlosen Bunker in der «Unteren Farb» doch einiges billiger! Frage: Hat Uster wirklich Geld zum Hinauswerfen? (Zum Stadtpräsidenten:) Lieber Werner, ich hoffe, du bist jetzt nicht wieder beleidigt.*

*Jetzt, mehr als ein Jahr nach der Einreichung, kommt die Motion vor den Gemeinderat. Das ist unakzeptabel. Wer trägt für diese Schlaperei die Verantwortung?*

*Und noch etwas zum Begriff «Stadtarchiv»: Der Begriff „Stadtarchiv“ ist nicht zutreffend. Richtig muss dieses Archiv „Verwaltungsarchiv“ heissen, denn in diesem Archiv werden ausschliesslich Akten und Papiere gelagert, die gemäss Archivgesetz mindestens 10 Jahre aufbewahrt werden müssen. Darunter befinden sich unzählige Protokolle und Rechnungen, welche die Öffentlichkeit nicht interessieren. Aufgrund des Datenschutzes stehen sie der Öffentlichkeit nicht einmal zur Verfügung. Gegenwärtig lagern in diesem Verwaltungsarchiv ca. 1'800 Laufmeter (1.8 km). Nach 10 Jahren werden höchstens 10 Prozent davon überprüft, ob sie in die Paul-Kläui-Bibliothek (Chronikstube Uster) zur dauernden Aufbewahrung für die Geschichte von Uster überführt werden sollen. Die „Kläui-Bibliothek“, das eigentliche Gedächtnis von Uster, besitzt heute ca. 350 bis 400 Laufmeter historisch wertvoller Akten und vor allem auch Fotos. Diese Dokumente sind äusserst wertvoll und dürfen auf keinen Fall in einer alten Scheune gelagert werden. Denken wir nur an einen Schadenfall (Feuer oder Hochwasser des Aabaches). Dann wäre das Ustermer Gedächtnis ein für allemal ausgelöscht.*

*Alle Gründe sprechen eigentlich für eine Aufrechterhaltung des Vorstosses. Aber nach der gestrigen Abstimmung ziehe ich im Einvernehmen mit den zwei Mitunterzeichnern die Motion zurück. Lassen wir uns von den tatsächlichen Kosten der Verlegung in die «Untere Farb» überraschen.*

*Bei Philippi sehen wir uns wieder!*

**Paul Stopper zieht die Motion zurück. Damit ist das Geschäft erledigt.**

## **7 Antrag 92/2017 der Sekundarstufe Uster: Definitive Einführung der Leistungsgruppe spur+ ab dem Schuljahr 2017/2018**

Rolf Denzler (SVP) im Ausstand.

Für die Kommission Bildung und Kultur (KBK) referiert Richard **Sägesser** (FDP): *Die KBK hat den vorliegenden Antrag der SSU an ihrer Sitzung vom 8. Mai 2017 unter Anwesenheit des Präsidenten der SSU, Thomas Pedrazzoli, und Frau Ruth Gsell, Ressortverantwortliche Sonderpädagogik, beraten.*

*Das Ergebnis vorweg: Das Konzept von spur+ hat die KBK überzeugt. Spur+ gibt in problembeladenen Situationen die Möglichkeit für ein Timeout, für eine Verschnaufpause, während der eine umfassende Standortbeurteilung vorgenommen werden kann. Eine Vielzahl der Schülerinnen und Schüler, die während der letzten Jahre von spur+ betreut wurden, konnte danach in die Regelklasse reintegriert werden, was sehr erfreulich ist. Der Ansatz von spur+, das ganze Umfeld der betroffenen Schüler einzubeziehen, hat sich als richtig und erfolgversprechend erwiesen. Die Lösungsfindung in solchen Problemsituationen kann nicht nur Sache von Schule und Schüler sein. Eltern und andere wichtige Personen und Stellen werden in die Analyse und die Lösungsfindung einbezogen.*

*Es wurde versucht, das Angebot von spur+ in der Pilotphase wissenschaftlich auszuwerten. Dies erwies sich als sehr schwierig, weil die Fälle sehr unterschiedlich waren. Immerhin: Die Wirksamkeit der Interventionen konnte in allen untersuchten Fällen nachgewiesen werden. Der Entscheid über die definitive Aufnahme dieses Angebots in den Leistungsauftrag der SSU basiert somit nicht auf einer wissenschaftlichen Beurteilung, sondern auf der gemachten Erfahrung aus der dreijährigen Versuchsphase. Und die reicht nach stillschweigender Auffassung der KBK für einen Entscheid. Die KBK wollte wissen, welche Kosten bei sonderschulischen Massnahmen durch spur+ eingespart werden konnte. Die Antwort darauf ist nur hypothetisch möglich, weil die eingesparten Kosten im Einzelfall nicht erhoben werden können. Aber klar ist, dass es durch spur+ Einsparungen in diesem Bereich gibt.*

*Aufgrund der Schwankungen in der Nachfrage ist es nicht einfach, das Angebot kostendeckend zu betreiben. Bei 4 angebotenen Plätzen betrug die durchschnittliche Auslastung in den Vorjahren 3,85 Schüler. Etwa 1/3 der Schülerinnen und Schüler stammten aus anderen Gemeinden, etwas mehr als 1/3 von der PSU, etwas weniger als ein Drittel von der SSU. Hier wurden organisatorische Vorkehrungen getroffen, um die Auslastung zu glätten. Für 2017 sieht die Prognose daher gut aus. Hierbei stellte sich die Frage, wie diese Vorhalteleistungen – also die Bereitstellung des Angebots ohne volle Auslastung - finanziert werden. Seitens der SSU wurde dargelegt, dass diese Kosten über die Tagesansätze gedeckt sind. Auch kleinere Beratungsleistungen werden den Kostenträgern in Rechnung gestellt, so dass der Betrieb von spur+ kostendeckend ist, d.h. die Kosten schlagen im Regelbudget der SSU bzw. der PSU oder aber der zuweisenden Gemeinde zu Buche. Sollten die heutigen Ansätze in Zukunft nicht mehr reichen, um die Kosten zu decken, würde die SSU – so wurde uns das zugesichert – eine Erhöhung vornehmen.*

*Aus der Kommission wurde die Frage gestellt, wie sehr spur+ nicht personenunabhängig sei und wie die Kontinuität bei Wechseln gewährleistet werden könne. Offenbar wird ein leitender Mitarbeiter in absehbarer Zeit pensioniert, weshalb diese Frage eine gewisse Aktualität hat. Die SSU ist da zuversichtlich, dass es gelingen wird, die richtigen Mitarbeiter zu finden, die das bisher erfolgreiche Konzept weitertragen. Dass in anderen Gemeinden ähnliche Angebote nach einiger Zeit wieder abgestellt worden sind, liegt gemäss Auskunft der SSU vor allem daran, dass sie nicht kostendeckend betrieben werden konnten. Die SSU ist aber zuversichtlich, dass spur+ in der Stadt Uster als regionalem Zentrum auch weiterhin sehr gute Chancen hat.*

*Die KBK hat dem Antrag einstimmig zugestimmt und wünscht der SSU mit spur+ weiterhin viel Erfolg.*

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert Barbara **Keel** (SVP): *Ich schliesse mich dem Vorredner gleich an. An der Sitzung der RPK vom 15. Mai 2017 hat sich die Kommission mit den Antrag 92/2017 in Bezug auf die Kosten auseinander gesetzt. Die Beteiligten haben mitgeteilt, dass die Spur+ eine Erfolgsgeschichte ist, auch wenn die Zahlen aktuell noch nicht ganz aufgegangen sind.*

*Die Anzahl Schüler ist entscheidend, wie das Ergebnis ausfällt. Es zeigte sich im 2016, dass weniger Schüler das Angebot der Spur+ nutzten, was sich auch in der Rechnung zeigt. Für einen Überschuss hätte es nur drei Schüler mehr gebraucht.*

*Grundsätzlich werden Kosten eingespart, da das Angebot gezeigt hat, dass eine Integration möglich ist und so Mehrkosten verhindert werden können. Es wurde uns mitgeteilt, dass die Prognosen in Bezug auf die Zahlen für das Jahr 2017 deutlich besser aussehen werden. Sobald das Angebot definitiv wird, wird auch die Werbung verbessert. Die Ansätze werden überarbeitet, wenn dies nötig sein sollte, sodass es zu einer guten Kosten-Nutzen-Rechnung kommt. Die Verantwortlichen haben uns versichert, dass sie sich dafür einsetzen, dass die Rechnung am Ende aufgeht.*

*Das Bedürfnis nach einem solchen Angebot ist definitiv vorhanden. Zum Erfolg gehört auch eine saubere Kosten-Nutzen-Rechnung mit Globalbudget.*

*Die Argumente haben die RPK überzeugt und der Antrag 92/2017 wurde einstimmig angenommen.*

Der Präsident der Sekundarschulpflege, Thomas **Pedrazzoli**, nimmt Stellung: *Bevor ich noch etwas zum Antrag sage, informiere ich Sie gerne über ein andere Aktualität aus der Sekundarstufe Uster. Heute Morgen war für die Schülerinnen und Schüler der HPSU ihr erster Schultag im neuen Schulhaus im Weidli. Wir haben es demnach geschafft, die Erweiterung des Schulhauses Weidli termingerechert fertigzustellen und den neuen Nutzern zur Verfügung zu stellen. Es war eine Freude, heute Morgen zu sehen, wie sich das neue Schulhaus jetzt mit Leben füllt und seiner Bestimmung übergeben werden konnte. Und das weitere Schöne ist, dass wir auch im Kostenrahmen sind und rund 5% unter Plan abrechnen können.*

*Zur spur+: Sie stimmen bereits zum dritten Mal über unsere jüngstes Kind ab. Nach einem Jahr und zwei weiteren Projektjahren hat die Sekundarschulpflege entschieden, Ihnen die definitive Einführung der Schule zu beantragen. Die Volksschule ist ja immer mal wieder in der Presse, sei dies mit Boris genannten, auffälligen 12jährigen Jungs, die nicht mehr führbar und einzeln bewacht werden müssen, oder wenn die Integration von Kindern mit besonderem Förderbedarf in der Kritik steht, wenn Lehrpersonen nicht mehr ein und aus wissen. Es ist sicher so, dass einfache Rezepte hier nicht greifen. Aus den Führungstheorien wissen wir, dass komplexe Probleme nur mit komplexen Instrumenten bewältigt werden können. Fredmund Malik lässt grüssen.*

*Mit der spur+ hat die Sekundarstufe Uster ein solches Instrument, um diesen Herausforderungen zu begegnen. Wir reden hier ganz klar von wenigen Schülerinnen und Schülern. Ziel ist es, einen Schüler in der Klasse zu behalten. Es kommt ein kurzes, aber sehr intensives Programm zum Zug, das alle Beteiligten miteinbezieht. Schüler, Eltern, Klasse, Lehrpersonen. Oft gilt es, das Unterstützungssystem zu koordinieren, wer macht was.*

*Hier hat sich die spur+ in den drei Jahren ihrer Projektzeit einen ausgezeichneten Ruf erschaffen. Dies bezeugen die Auftraggeber, die befragt wurden immer wieder. Und wir sind sehr dankbar, dass wir mit spur+ auf eine solche Interventionsmöglichkeit zurückgreifen können.*

*Die Sekundarstufe Uster hat eine langjährige Erfahrung in der Führung von speziellen Schulen, sei dies die KuSs oder die BWS. Sie hat die geeigneten Führungsinstrumente, um solche Angebote auch betriebswirtschaftlich zum Fliegen zu bringen.*

Für die SP-Fraktion referiert Claudia **Wyssen**: *Die SP-Fraktion begrüsst die definitive Einführung von spur+! Und wir sind auch ein wenig stolz darauf, dass die Sekundarschule Uster von Uster über ein so gutes Angebot verfügt. Ursprünglich war nicht klar, ob und wie genau dieses Projekt funktionieren wird. Ähnliche Angebote in anderen Gemeinden haben nicht funktioniert und mussten aufgegeben werden. Deshalb ist es umso erfreulicher, dass wir an dieser Stelle nun nach einer Testphase über die definitive Einführung abstimmen können.*

*Grundsätzlich kann gesagt werden, dass es wohl wenige derart umfassende Angebote gibt, die sämtliche Faktoren, die zum Problem geführt haben oder beteiligt sind, mitberücksichtigt und zur Lösung miteinbezieht. Wir sind davon überzeugt, dass der Aspekt, dass die Kosten für Heimplatzierungen eingespart werden können, der geringere ist. Viel wichtiger ist, dass die von Spur+ betreuten Jugendlichen wieder eine Perspektive für ihre Zukunft und die Motivation diese anzupacken haben.*

*Wie immer sind solche Angebote auch von den Personen abhängig, die letztlich an der Front arbeiten. Und auch hier kann gesagt werden, dass die drei Hauptverantwortlichen ihre Arbeit mit Engagement und Herzblut ausüben, was spürbar ist.*

*Dass die Sekundarstufe auch in Beratungen investiert und damit Lücken kompensieren kann, zeigt, dass unsere Sekundarstufe Uster innovativ und lösungsorientiert ist. Ich möchte mich an dieser Stelle einmal mehr bei der Sekundarstufe Uster bedanken, dass sie sich erstens für Schüler in schwierigen Situationen einsetzt und zweitens auch finanzielle Lücken zu kompensieren weiss. Die SP-Fraktion wird dem vorliegenden Antrag gerne zustimmen.*

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert Anita **Borer** (SVP): *Die SVP/EDU-Fraktion unterstützt die Einführung von spur+. Schon immer haben wir es gesagt: die Integration in die Regelklassen um jeden Preis ist nicht sinnvoll und funktioniert in gewissen Fällen nicht.*

*Schön, hat die Sekundarschulpflege das gesehen und ermöglicht mit Spur+ eine sinnvolle Lösung. Auffällige Schüler und Schülerinnen können vorübergehend aus der Klasse genommen werden, ohne dass sie in teure Sonderschulen gesteckt werden müssen.*

*Das Prinzip der Besonderen Klasse wird hier vertreten. Ein Prinzip, das in den letzten Jahren verpönt wurde und jetzt endlich wieder salonfähig wird.*

*Dennoch möchten wir noch auf ein paar Punkte hinweisen, die für uns wichtig sind und zwingend eingehalten werden müssen.*

*Voraussetzung ist, dass diejenigen, die Spur+ anbieten, weder jetzt noch in Zukunft an der Abklärung und Zuteilung der Schülerinnen und Schüler beteiligt sind. Spur+ muss unabhängig sein und auch entsprechend unabhängig evaluiert werden.*

*Die Gesamtsituation muss im Blick behalten und Spur+ darf nicht isoliert betrachtet werden. Die Massnahmen müssen nämlich auch mit den anderen sonderpädagogischen Massnahmen abgeglichen werden.*

*Letztlich geht es darum, Ressourcen effizienter einzusetzen unter anderem auch mit dem Ziel, das stetige Wachstum im Bereich Sonderpädagogik zu bremsen und die Ausgaben letztlich zu senken. Diese Grundsätze und Ziele müssen für uns eingehalten bzw. erreicht werden.*

Für die Grüne-Fraktion referiert Patricio **Frei**: *Die Sekundarschulpflege darf stolz sein auf spur+. So funktioniert soziale Integration! In kurzer Zeit hat sich dieses Angebot als sehr nützlich erwiesen.*

*Dabei geht es nicht um «Kuschelpädagogik», sondern mit einer kurzen, intensiven Intervention werden alle Beteiligte konsequent in die Verantwortung eingebunden: Der Jugendliche, seine Familie, die Stammklasse, die Behörden. Das Angebot ist nicht billig, aber die Nutzen sind offensichtlich:*

- 1. Am meisten profitieren die Kinder, die ein Timeout durchlaufen. Und sie sind in dem ganzen Setting die Wichtigsten: Bei ihnen geht es letztlich ums «Läbige»! In einer verfahrenen Situation erhalten sie wichtige Hilfestellung und die Möglichkeit für einen zweiten Anlauf oder sich neu zu orientieren.*
- 2. Einen direkten Nutzen hat auch die Sekundarstufe. Die Stammklasse und die Lehrperson werden entlastet und können sich wieder auf den Schulstoff konzentrieren. Der Lernerfolg wird nicht mehr gefährdet, weil die Lehrperson zu viel Aufmerksamkeit für einen einzigen Jugendlichen aufwendet.*
- 3. Die Stadt Uster profitiert, weil sie letztlich weniger Zusatzkosten für Jugendliche zu tragen hat, die aus der Spur geraten sind.*
- 4. Und letztlich gewinnt auch unsere Gesellschaft, die ein weiteres wertvolles Mitglied erhält – statt jemanden wegen einer schwierigen Phase auszugrenzen und womöglich ein Leben lang für Betreuungs- oder Begleitkosten aufkommen zu müssen.*

*Somit ist spur+ nicht bloss eine win-win-Situation sondern sogar eine win-win-win-win-Situation: Alle können davon profitieren. Wir Grünen hoffen, dass Uster und sein spur+ zu einem Beispiel werden, auch für andere Gemeinden, die an einem lösungsorientierten Angebot interessiert sind.*

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion referiert Walter **Meier** (EVP): *Verhaltensoriginelle Schülerinnen und Schüler sind keine Erfindung der Neuzeit, auch wenn man diesen heute mehr (und vor allem andere) Beachtung schenkt.*

*Es gibt leider immer wieder Situationen, in denen die Schule überfordert ist und es eine Intervention braucht. Die Integration in die Regelklasse ist nicht nur die beste, sondern auch die günstigste Situation.*

*Die spur+ verfügt über ein wohl einzigartiges Programm für Schülerinnen und Schüler, die ein Timeout von der Schule benötigen resp. über Beratungsdienstleistungen in Situationen, in denen ein Time-Out verhindert werden soll.*

*Dass es jedes Jahr gelingt, bei einigen Schülerinnen und Schülern eine externe Beschulung oder sogar eine Heimeinweisung zu verhindern, zeigt, dass das Angebot wichtig und richtig ist.*

*Wer dann aber die Buchhaltung anschaut, stellt fest, dass es wohl wenig braucht, damit Einnahmen und Ausgaben auseinanderklaffen. So hat die SSU in den letzten Jahren immer ein kleineres oder etwas grösseres Defizit tragen müssen. Dabei ist aber der „Nutzen“ – nämlich das Vermeiden von Kosten, die bei einer ext. Beschulung oder einem Heimeintritt angefallen wären – nicht berücksichtigt.*

*Deshalb: Die spur+ hat bisher sehr positive Spuren in Uster hinterlassen und diese sollten nicht verschwinden. Die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion stimmt deshalb dem Antrag der Sekundarschulpflege zu.*

Für die FDP-Fraktion referiert Richard **Sägesser**: *Spur+ überzeugt auch unsere Fraktion. Wenn mit niederschweligen Massnahmen grössere und kostspieligere sonderpädagogische Massnahmen verhindert werden können, dann ist das in unser aller Interesse: Für den Schüler oder die Schülerin, für die Familie und vor allem für die Stadtkasse. Und dass das Umfeld der betroffenen Kinder und Jugendlichen auch in die Verantwortung gezogen wird, ist ganz in unserem Sinn und sicher richtig. Das Angebot darf aber in unseren Augen nicht vorschnell in Anspruch genommen werden. Ein solches Timeout – also Aufschub in problembeladenen Situationen - ist ja für alle Beteiligten und Betroffenen, also gerade auch für Lehrerinnen und Lehrer ganz willkommen. Wir verlangen daher, dass dieses Angebot von der SSU wie auch von der PSU mit Augenmass genutzt wird und dass die Zuweisungen mit der nötigen Sorgfalt und Objektivität – da schliesse ich mich den Ausführungen von Anita Borer an - erfolgen. Auch wollen wir nicht, dass das Angebot ausgebaut wird, weil das wohl unweigerlich zu einer entsprechenden Erhöhung der Nachfrage führen würde. Unter diesen Prämissen stimmt die FDP-Fraktion dem Antrag zu. Unter dem Strich sollten mit der Schaffung von spur+ weniger Kosten für sonderpädagogische Massnahmen resultieren und nicht mehr. Wir würden uns freuen, wenn sich ein solcher Effekt in Zahlen bemerkbar machen würde, insbesondere bei der PSU. Wir werden diese Entwicklung und spur+ mit Interesse weiterverfolgen.*

Monika **Fitze** (SP): *Ich kann es nicht lassen zum Votum von Anita Borer noch etwas zu sagen. Es geht nicht um das Etablieren neuer Sonderklassen. Es geht um eine Reaktion auf neue Aufgaben, die von der Schule zu bewältigen sind.*

Anita **Borer** (SVP) hat nicht von Sonderklassen geredet, sondern dass es durchaus sinnvoll sein kann, betroffene Schüler und Schülerinnen aus der Regelklasse befristet nehmen zu können.

**Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 33:0 Stimmen (im Ausstand 1):**

- 1. Spur+ wird ab Schuljahr 2017 /18 definitiv als neue Leistungsgruppe im Globalbudget der Sekundarstufe Uster geführt.**
- 2. Mitteilung zum Vollzug an die Sekundarschulpflege Uster.**

## **8 Motion 558/2016 von Ursula Räuftlin (Grünliberale): Planung und rechtliche Sicherung eines leistungsfähigen Fusswegnetzes sowie Einführung eines Fussgängerleitsystems in der Stadt Uster**

Ursula **Räuftlin** (Grünliberale) nimmt Stellung: *Gleich zu Beginn möchte ich dem Stadtrat meinen Dank aussprechen. Der Stadtrat hat offenbar die grosse Bedeutung des zu Fussgehens für die Stadt Uster erkannt. Im Hinblick auf das anhaltende Bevölkerungswachstum will der das Mobilitätsverhalten der Bevölkerung mitbeeinflussen, indem er gute Voraussetzungen für den Langsamverkehr schaffen will. In der Motionsantwort hat der Stadtrat sehr verständlich erläutert, welchen gesetzlichen Vorgaben er dabei für die Umsetzung untersteht, und wie er der Forderung nachkommen will. Der Stadtrat schlägt vor, die Motion in zwei Teile zu gliedern. Dieses Anliegen kann ich durchaus verstehen, da sich die beiden Anliegen durchaus einzeln realisieren lassen und aus meiner Sicht der Lead eigentlich sinnvollerweise sogar bei zwei verschiedenen Abteilungen liegt – Teil 1 beim Bau / Planung, Teil 2 beim Präsidialen / Standortförderung.*

*Der Teil 1, welcher die Planung und rechtliche Sicherung des Fusswegnetzes fordert, sei für die Umsetzung an das sogenannte Projekt «Stadtraum Uster 2035», oder anders ausgedrückt die längst fällige Revision der Ortsplanung, gekoppelt. Ein Dorn im Auge war mir insbesondere die fehlende direkte Anbindung des Stadthauses an die Gerichtsstrasse. Mit der mittlerweile erfolgten Festlegung der Baulinien zwischen der hinteren Bahnhofstrasse und der Bahnhofstrasse haben wir – falls die Anwohner nicht noch den Rechtsweg dagegen beschreiten – bereits die erste Lücke im Fusswegnetz der Stadt Uster schliessen können. Wenn wir dem Stadtrat heute auch beim Dispositiv 2, dieser erste Teil der Motion sei abzulehnen, zustimmen, heisst das selbstverständlich nicht, dass die Planung und rechtliche Sicherung des Fusswegnetzes abzulehnen sei. Nein, wir stimmen damit zu, dass dies im Rahmen der Ortsplanungsrevision erfolgen soll. Mit der Ortsplanungsrevision werden wir ein lückenloses, attraktives und zu allen Tageszeiten sicheres Fusswegnetz erhalten. Dank meiner heutigen Rückkehr in die KPB kann ich die Ortsplanungsrevision begleiten und die Anliegen des Langsamverkehrs dort mit einbringen.*

*Was mich sehr freut, ist, dass der Stadtrat das Anliegen für die Einführung eines Wegleitsystems gutheisst und die Motion in diesem Teil 2 als erheblich erklären will. «Informieren, leiten und inspirieren» mit diesem Titel ist ein Artikel von Werner Egli im aktuellen Kommunalmagazin vom April/Mai 2017 erschienen. «Ein Informations- und Wegleitsystem für Fussgänger verlängert die Verweildauer von Gästen. Es verdeutlicht die Qualität eines Ortes. Attraktive Fusswegverbindungen und klare Orientierungshilfen vermitteln Besuchern das Gefühl, willkommen zu sein. Das Design ist eine Visitenkarte des Ortes und Teil des Erscheinungsbilds». Es handelt sich zwar beim Autor nicht um unseren Stadtpräsidenten, sondern um einen Namensvetter, der von Beruf Signaletiker ist. Aber auch dem Stadtrat von Uster scheint die Einführung eines Fusswegleitsystems zur Standortförderung sinnvoll und richtig. Ein erstes, sehr ansprechendes Besucherleitsystem hat das Geschäftsfeld Sport bereits im Buchholz eingeführt. Das Design der Pläne und Wegweiser passt meiner Ansicht nach sehr gut zur Stadt Uster und könnte durchaus Pate stehen für ein Fussgängerleitsystem in der ganzen Stadt.*

*Bei der Umsetzung des Fussgängerleitsystems sieht der Stadtrat drei mögliche Varianten und schlägt konkret die Variante «light» vor. Da mir eine rasche Umsetzung mit Wegweisern zu den wesentlichsten Zielorten am Herzen liegt, kann ich auch diesem Punkt des Stadtrates zustimmen. Neben den Wegweisern zu den wichtigsten Sport- und Kultureinrichtungen gehört für mich auch ein übersichtlicher Stadtplan am Bahnhof dazu, der die wichtigen Ziele in Uster aufzeigt.*

*Wenn wir im Gegensatz zum Antrag die Umsetzung gemäss Variante 2, also im Rahmen der Ortsplanungsrevision, fordern würden, würde dies zu einer Unsicherheit in der Realisierung eines Fusswegleitsystems führen. Denn formuliert ist, dass im Rahmen der Ortsplanungsrevision überprüft wird, ob ein Fussgängerleitsystem in die Massnahmenplanung aufgenommen werden soll.*

*Machen wir doch lieber Nägel mit Köpfen und realisieren vorläufig die Variante «light». Stimmen wir dem stadträtlichen Antrag zu, wie er uns vorliegt. Eine Erweiterung des Fussgängerwegleitsystems im Rahmen der Ortsplanungsrevision ist damit meiner Ansicht nach noch nicht vom Tisch. Darüber kann dann durchaus nochmals diskutiert werden.*

*Ich bitte Sie darum, dem Antrag des Stadtrates zu folgen und den Teil 2 als erheblich zu erklären.*

Der Abteilungsvorsteher Bau, Stadtrat Thomas **Kübler**, verzichtet auf eine Stellungnahme.

Für die Grüne-Fraktion referiert Meret **Schneider**: *Wir Grünen sind mit dem Bericht des Stadtrates sehr zufrieden. Selten habe ich eine so lange Antwort gelesen, die durch die Quantität nicht einfach die fehlende Qualität zu kompensieren versuchte. Verständlich, nachvollziehbar und auch mit dem Fazit sind wir zufrieden:*

*Ein Fussgängerleitsystem „light“ einzuführen, erscheint als kostengünstige und zeitnah umsetzbare Variante sehr sinnvoll. Natürlich bedeutet das nicht, dass wir uns danach auf unseren Lorbeeren ausruhen werden und das Fussgängerleitsystem nicht ausbaufähig wäre. Wir werden auf jeden Fall dranbleiben und mit Verbesserungsvorschlägen dazu beitragen, dass Uster bald über ein sichtbares Fussgängerleitsystem verfügt und die Belegung des Zeughausareals am Ende nicht daran scheitert, dass die BesucherInnen aus Zürich den neuen „place to be“ nicht finden.*

*Insbesondere werde ich mir den Absatz unter 3.5 Fazit Teil 2 wohl einrahmen und übers Bett hängen:*

*Obwohl der effektive Nutzen nicht quantifiziert werden kann, ist für die Stadt Uster offenbar ersichtlich, dass es den Schwerpunkt 9 der viel zitierten Dualstrategie „Zentrumsentwicklung“ unterstützt. Da erhält die Dualstrategie tatsächlich einmal noch Praxisrelevanz! Weiter heisst es, ein Fussgängerleitsystem wirke sich positiv auf die Attraktivitätssteigerung des Zentrums aus und sei ein Mehrwert für Uster.*

*Angesichts dieser Begeisterung scheint es fast so, als käme die Idee dazu vom Stadtrat selber. Wie auch immer, wir Grünen stimmen dem Bericht zu und freuen uns auf weitere so gelungene Antworten des Stadtrates.*

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert Hans **Denzler** (SVP): *Warum braucht die Stadt Uster die „Planung und rechtliche Sicherung eines leistungsfähigen Fusswegnetzes sowie Einführung eines Fussgängerleitsystems“ nicht Hals über Kopf? Die Stadt Uster ist in der Grösse überschaubar, auch wenn es eine Stadt ist. Die Problematik, um etwas zu finden, ist nicht die gleiche wie in einer grossen Stadt, z. B. Zürich, Bern, Genf oder Amsterdam, die eine Velostadt ist. Uster ist zu dem keine Touristen-Stadt, wie man das kennt von Feriendestinationen.*

*Die meisten Personen, die von A nach B wollen, benützen den ÖV für grössere Distanzen (Spital, Sportanlagen oder Greifensee). Im Stadtzentrum hat es eine Informationstafel (Lageplan), wo man sich informieren kann. Was zu begrüssen wäre, ist am Bahnhof in der Unterführung Wegschilder, z. B. Spital, Sportplatz oder Greifensee, die die Richtung eventuell in km angeben, das ist aber Sache der SBB. Die junge Generation schaut sowieso auf das Smartphone.*

*Im Leistungsauftrag LG Stadt- und Verkehrsplanung Z02 ist festgehalten: Sicherstellung der städtebaulichen Qualität durch schrittweise Anpassung der Richt-, Nutzungs- und Verkehrsplanung an die sich ändernde Bedürfnisse von Bevölkerung, Wirtschaft sowie gesetzlichen Bestimmungen. Bei den ändernden Bedürfnissen der Bevölkerung ist sicher dem Langsamverkehr bei strassenbaulichen Vorhaben Rechnung zu tragen.*

*Bei der Stadtraumentwicklung 2035 sind die Anliegen des Langsamverkehrs ebenfalls aufgenommen und werden berücksichtigt. Die Realisierung dauert zwar länger, ist aber auf die Entwicklung der Stadt besser abgestimmt. Wenn die Motion 558/2017 angenommen wird, wird zweispurig gefahren, was auch sicher höhere Kosten verursacht.*

*Die Stadt Uster wird mit der Stadtraumentwicklung 2035 der Motion 558 sicher gerecht um die Bedürfnisse des Langsamverkehrs besser abzudecken*

*Die SVP/EDU-Fraktion lehnt die Motion 558 ab, trotzdem sie dem Langsamverkehr einen angemessenen Stellenwert einräumt.*

Für die SP-Fraktion referiert Karin **Niedermann**: *Die SP versteht die Aufteilung von Bericht und Antrag in zwei Teile, und wir unterstützen den Antrag des Stadtrates vollumfänglich. Wir sind erfreut über diese Unterstützung für ein Fussgängerleitsystem in der Stadt Uster. Damit setzt die Stadt ein Zeichen ganz im Sinn der Förderung des Langsamverkehrs, wo auch den Fussgängerinnen und Fussgängern ein angemessener Stellenwert gegeben werden soll. Der direkte Nutzen eines Fussgängerleitsystems ist tatsächlich nicht so klar (Stichwort APP, Stichwort „Google Map“) und hat auch bei uns zu regen Diskussionen geführt. Wir finden aber, dass der Stadtrat mit seinem Antrag ein sinnvolles Mass an Fussgängerleitsystem vorschlägt: Es weist auf die wichtigsten Zielorte hin und ist kurzfristig umsetzbar, bei Bedarf erweiterbar und verhältnismässig kostengünstig. Und als Extra kriegt Uster so einen Touch ‚Stadt‘ mehr, der ihr gut ansteht.*

Für die FDP-Fraktion referiert Jürg **Krauer**: *Zu Teil 1 muss ich nichts mehr sagen, da besteht bei allen Konsens auf Ablehnung. Nun zu Teil 2: Wie wir bereits in unserem letzten Referat zu dieser Motion dargelegt haben, sind wir der Meinung, dass punktuelle Verbesserungen des bestehenden Systems und Ausschilderung der Wege zu den wichtigsten Zielorten ausreichen und Uster kein von der Stadt finanziertes, voll ausgebautes Fusswegbeschilderungssystem benötigt. Mit seiner Lightvariante schlägt nun der Stadtrat genau eine solche pragmatische Lösung vor. Wir werden daher dieses reduzierte Leitsystem unterstützen.*

#### **Abstimmungen**

Es wird wie folgt abgestimmt:

**Ziffer 1 wird mit 34:0 Stimmen angenommen.**

**Ziffer 2 wird mit 34:0 Stimmen angenommen**

**Ziffer 3 wird mit 22:11 Stimmen angenommen.**

**Ziffer 4 wird mit 22:11 Stimmen angenommen.**

**Der Gemeinderat beschliesst:**

- 1. Die Motion 558/2016 betreffend «Planung und rechtliche Sicherung eines leistungsfähigen Fusswegnetzes sowie Einführung eines Fussgängerleitsystems in Uster» ist in zwei Teile zu gliedern:**

**Teil 1: Planung und rechtliche Sicherung eines leistungsfähigen Fusswegnetzes**

**Teil 2: Einführung eines Fussgängerleitsystems in der Stadt Uster**

- 2. Die Motion 558/2016 betreffend «Planung und rechtliche Sicherung eines leistungsfähigen Fusswegnetzes sowie Einführung eines Fussgängerleitsystems in Uster», Teil 1 «Planung und rechtliche Sicherung eines leistungsfähigen Fusswegnetzes», wird a b g e l e h n t .**
- 3. Die Motion 558/2016 betreffend «Planung und rechtliche Sicherung eines leistungsfähigen Fusswegnetzes sowie Einführung eines Fussgängerleitsystems in Uster», Teil 2 «Einführung eines Fussgängerleitsystems in der Stadt Uster», wird als erheblich erklärt.**
- 4. Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat innert neun Monaten ab Erheblichkeitserklärung einen Beschlussentwurf für die Motion 558/2016 betreffend «Planung und rechtliche Sicherung eines leistungsfähigen Fusswegnetzes sowie Einführung eines Fussgängerleitsystems in Uster», Teil 2 «Einführung eines Fussgängerleitsystems in der Stadt Uster», im Sinne der Erwägungen vorzulegen.**
- 5. Mitteilung an den Stadtrat.**

## 9 Postulat 563/2016 von Wolfgang Harder (CVP) und Hans Keel (SVP): "Parkleitsystem für Uster!"

Wolfgang **Harder** (CVP) nimmt Stellung: *Vorweg: Die Beantwortung des Postulats ist ganz im Sinne der Postulanten. Es wird keine Ergänzung verlangt.*

*Erfreut wird zur Kenntnis genommen, dass bei der Stadt ganz offensichtlich die Stossrichtung des Postulats unterstützt wird. Das Vorgehen des Stadtrats erscheint denn auch ausgewogen, sinnvoll und vor allem praktikabel. Mit den vorgeschlagenen Massnahmen und sollte es gelingen, den Verkehrsfluss bzw. die Parkplatzsuche in Uster zu optimieren und zu verbessern. Auch der Zeitpunkt, ab welchem die ersten Schritte realisiert werden sollen, kann unterstützt werden. Wenn schon in Verbindung mit den Überbauungen „Zeughausareal“, „ Am Stadtpark und „Gerichtsplatz“ der Suchverkehr optimiert werden kann, hat der Vorstoss sein Ziel erreicht.*

*Fazit: Mit der Umsetzung des Postulats können wir etwas Gutes für Uster erreichen. Das Postulat kann im Sinne des Antrags abgeschrieben werden.*

Der Abteilungsvorsteher Bau, Stadtrat Thomas **Kübler**, verzichtet vorläufig auf eine Stellungnahme.

Für die Grüne-Fraktion referiert Meret **Schneider**: *Grundsätzlich sind wir Grünen die ersten, die Suchverkehr vermeiden möchten und bei Mobilitätskonzepten an vorderster Front mit dabei sind. So schreiben die Postulanten: Das Verkehrsproblem im Zentrum ist bekannt. Auch die Suche nach einem Parkplatz dauert oft zu lang. Echt jetzt? Ich sehe oft unbesetzte Parkplätze in Uster und grundsätzlich wenig Suchverkehr im Zentrum – die geschätzten Herren, die mit ihren geleasteten Sportwagen teils ums Bahnhofsgebiet kurven, dürften wohl etwas anderes suchen als einen Parkplatz.*

*Gibt es denn tatsächlich zu wenige Parkplätze in Uster? Existiert tatsächlich ein zu lösendes Problem oder werden hier einfach mit einer weiteren Massnahme die Autofahrer in der Velostadt Uster bedient? Und nur darum geht es, wie die Postulanten selber schreiben, ich zitiere: Viele Städte haben solche Systeme bereits erfolgreich und zur Freude der Automobilisten realisiert. Nun, allein zur Freude der Automobilistinnen ist es doch ein wenig mit Kanonen auf Spatzen geschossen, ein Parkleitsystem für ein nicht einmal bestätigtes Problem zu fordern. Zumal es ja auch noch immer keine Deckelung der Parkplätze gibt. Wir Grünen könnten uns für ein Parkleitsystem durchaus erwärmen, wenn es eine Deckelung der Parkplätze gäbe und es tatsächlich darum ginge, möglichst effizient einen Parkplatz zu finden ohne durchs Zentrum zu kurven. Ansonsten sehen wir hier nur eine Attraktivitätssteigerung der Velostadt Uster für Automobilisten und Automobilistinnen und weniger eine Förderung des Langsamverkehrs, wie es uns sinnvoll erschiene.*

*„Last but not least“ möchte ich einen Satz aus dem Bericht zitieren: Da in Uster im Vergleich zu anderen Städten wenige potenzielle Abstellplätze an ein Parkleitsystem angebunden werden und die Gebühren eher niedrig sind, wird kaum ein privater Investor ein Parkleitsystem für Uster erstellen und betreiben.*

*Hm, klingt, als wären Parkplätze in Uster bereits jetzt vergleichsweise günstig und Autofahren dadurch attraktiv – um zu einem möglichst autofreien und attraktiven Zentrum beizutragen würde mir als Massnahme spontan eine Erhöhung der Gebühren einfallen, aber dieses Fass mache ich im Rahmen dieser Sitzung vermutlich besser nicht auf.*

Für die FDP-Fraktion referiert Matthias **Bickel**: *Die Fraktion der FDP, Die Liberalen wird Bericht und Antrag des Stadtrats annehmen, denn wir teilen dessen Analyse und erachten den aufgezeigten Weg zu einem Parkleitsystem in Uster als sinnvoll.*

*So hoffen wir nun auf den guten Willen der privaten Eigentümer, das geplante Parkleitsystem mitzutragen, denn nur eine gemeinsame Bewirtschaftung von öffentlichen und privaten Anlagen erzielt den gewünschten Effekt. Für Private bietet ein Parkleitsystem ja die Chance, ihre Parkplätze besser auszulasten.*

*Mit dem Verkehrskonzept und seinen guten Kontakten zu den privaten Eigentümern hat der Stadtrat so auch die Voraussetzungen für die erfolgreiche Einführung eines Parkleitsystems in Uster geschaffen. Mit der vorgeschlagenen Etappierung wird die Stadt Uster auch bald mit einem ersten Schritt starten und so erste Erfahrungen sammeln können wie auch erste Entlastungen auf der Strasse schaffen.*

*Die geschätzten Investitionen sind dabei nicht klein, doch werden sie sich auf die lange Betriebsdauer gesehen rechnen, denn ein Parkleitsystem verringert den Suchverkehr und schont somit die Umwelt wie die Nerven der Autofahrer und Autofahrerinnen. Kurz: Ein Parkleitsystem ist gut für die Atmosphäre – im und ausserhalb des Autos!*

Für die SP-Fraktion referiert Christoph **Daeniker**: *Uster wächst und wird stets urbaner. Als Folge davon zeigen sich Verkehrsprobleme, welche es zu lösen gilt. Insofern bin ich mit den Postulanten und dem Stadtrat einig, es hat zu viele Autos und Suchverkehr im Stadtzentrum. Mit der vorliegenden Lösung kann ich allerdings nicht zufrieden sein.*

*Aus der Postulatsantwort ist nicht ersichtlich, ob überhaupt Bedarf besteht für ein Parkleitsystem. Wer in der Migros einkaufen will, fährt so oder so zur entsprechenden Tiefgarage, wozu braucht es da ein Leitsystem? Der Suchverkehr mit dem Uster momentan zu kämpfen hat, entsteht aufgrund der oberirdischen Parkplätze in der Nähe der Hauptpost. Ein Parkleitsystem kann dies nicht beheben. Sinnvoll wäre ein solches parallel zur Einführung eines fussgängerfreundlichen Zentrums und der Aufhebung von oberirdischen Parkplätzen. Dann haben wir als Stadt ein Interesse daran, den Verkehr mehr zu steuern. Vorher ist es lediglich ein Posten mehr im Budget, welcher im Unterschied zu anderen keinen Mehrwert bringt, ausser Sie haben Freude an roten und grünen Lämpchen wie es bei den Postulanten der Fall zu sein scheint, wie in ihrem Begehren zu lesen ist. Vielleicht haben die beiden aber lediglich ein unterdrücktes Verlangen nach roten und grünen Ampeln im Ustermer Strassenverkehr.*

*Ebenfalls schleierhaft ist, inwiefern die Betreiber der grossen privaten Tiefgaragen überhaupt bereit sind für eine Zusammenarbeit mit der Stadt. Ohne Beteiligung dieser wäre ein Parkleitsystem schlicht nutzlos.*

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert Silvio **Foiera** (EDU): *Gerade die Velostadt Zürich hat ein vorbildliches Leitsystem für Autos umgesetzt. Und das wäre auch für Uster sinnvoll.*

Der Abteilungsvorsteher Bau, Stadtrat Thomas **Kübler**, nimmt Stellung: *Das Erstellen von unterirdischen Abstellplätzen ist kostenintensiv. Für den Konsum werden Verkehrsfahrten hochgerechnet. Darum haben wir eine entsprechende Deckelung der Tiefparkplätze. Wir haben erst nach langen Diskussionen eine Parkgebührenverordnung ins Ziel gebracht. Das Parkleitsystem könnte uns dazu wieder einholen. Der Suchverkehr könnte u. U. oberirdisch stattfinden, wenn die Parkplätze dort teuer sind. Die Totalopposition der SP erstaunt mich darum sehr. Wir sind Uster auf einem guten Weg mit der Anzahl Parkplätze. Das verkehrsfreie Zentrum ist ein Ziel des Stadtrates, denn haben wir genügend unterirdische Parkplätze, dann können wir entsprechend oberirdische aufheben. Darum sollten wir jetzt erste Schritte machen. Dass heute ein Steckenpferd der damaligen SP-Stadträtin Heidi Vogt hier von der SP schnöde abgelehnt wird, werde ich ihr morgen gerne erzählen.*

Markus **Wanner** (SP): *Die Welt bewegt und dreht sich. Wenn wir diesem Geschäft zustimmen, dann sind unterirdische Parkplätze teurer als oberirdische. Wollen die Bürgerlichen tatsächlich eine Erhöhung der Gebühren für oberirdische Parkplätze?*

Stadtrat Thomas **Kübler**: *Das habe ich gar nicht so gesagt. Damit das Parkleitsystem funktioniert, müssen u. U. die Tarife angepasst werden. Eine allfällige Anpassung der Tarife wäre Verhandlungssache für den Stadtrat mit den Privaten.*

### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 22:9 Stimmen:**

- 1. Dem Bericht und Antrag zum Postulat 563/2016 wird zugestimmt.**
- 2. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.**
- 3. Mitteilung an den Stadtrat.**

## 11 Kenntnisnahmen

Recht kraftbescheinigung: Gegen die Gemeinderatsbeschlüsse vom 20. März 2017 sind beim Bezirksrat Uster bis 5. Mai 2017 keine Rechtsmittel eingelegt worden.

Folgende Anfragen sind eingereicht worden:

599/2017

Anfrage der SVP/EDU-Fraktion vom 24. April 2017:  
Massives Defizit der Primarschule in der Jahresrechnung 2016

600/2017

Anfrage von Daniel Pellegrini (FDP) vom 22. Mai 2017:  
Blockflötenunterricht – quo vadis?

601/2017

Anfrage von Paul Stopper (BPU) vom 22. Mai 2017:  
Kiesabbau und Wiederauffüllung im Hooggen (Freudwil)

Der Stadtrat hat folgende Anfragen beantwortet:

594/2017

Anfrage von Silvio Foiera (EDU) vom 13. Februar 2017:  
Schutzraumzuweisung  
(Stadtratsbeschluss vom 2. Mai 2017)

596/2017

Anfrage von Karin Niedermann (SP) vom 5. März 2017:  
Verlegung von Velounterständen beim Velopark Ost wegen Perronerhöhungen  
(Stadtratsbeschluss vom 9. Mai 2017)

Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 11. April 2017 die Erneuerungswahlen von Gemeinderat, Stadtrat, Primarschulpflege und Sozialbehörde sowie des Notars oder der Notarin für die Amtsdauer 2018-2022 auf Sonntag, 15. April 2018 festgesetzt.

Die Mitglieder des Gemeinderats haben am 13. April 2017 erhalten:

- Einladung des Stadtrats zum „Wirtschaftsempfang“ auf Donnerstag, 15. Mai 2017, 18 Uhr im Stadthofsaal

Die Mitglieder des Gemeinderats haben am 11. Mai 2017 erhalten:

- Einladung für „Streetdays & Mobilitätstag 2017“ am 12./13. Mai 2017

Die Mitglieder des Gemeinderats haben am 22. Mai 2017 erhalten:

- Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR) in der Fassung vom 20. März 2017 (gültig ab 1. Mai 2017)
- Terminplan 2018
- Kartenspiel „Dichte begreifen“, herausgegeben vom Amt für Raumentwicklung des Kantons Zürich und der Fachhochschule Nordwestschweiz

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am Montag, 10. Juli 2017, 18 Uhr (Doppelsitzung) statt.

Für das Protokoll

Der Ratssekretär  
Daniel Reuter

Die Richtigkeit und Vollständigkeit  
des Protokolls bezeugen

2.6.2017

Der Präsident  
Balthasar Thalmann

6.6.2017

Die Stimmzähler  
Hans Keel

Thomas Wüthrich

Theo Zwald